

Landeszentrale fördert Gedenkstättenfahrten **neuerdings auch in die Ukraine und nach Weißrussland**

Die Landeszentrale für politische Bildung will 2018 Studienfahrten zu KZ-Gedenkstätten in Polen sowie nach Weißrussland, Lettland und in die Ukraine intensivieren. Dazu ist eine Vereinbarung mit dem Internationalen Bildungs- und Begegnungswerk gGmbH Dortmund (IBB) sowie der Geschichtswerkstatt Merseburg-Saalekreis e.V. unterzeichnet worden.

„Wir sind sehr froh, dass wir gemeinsam für Kontinuität bei den Gedenkstättenfahrten sorgen können“, betonten LpB-Direktor Maik Reichel, der Beauftragte des IBB Dortmund, Peter Junge-Wentrup, und die Vertreterin des Vorstandes der Geschichtswerkstatt, Edda Scharf, nach der Unterzeichnung. Die Fahrten an diese besonderen Lernorte sollten es Jugendlichen auch 2018 ermöglichen, „aus der Geschichte für eine gemeinsame europäische Zukunft“ zu lernen. Dies sei zugleich auch ein Beitrag zum Kennenlernen der östlichen Nachbarländer und zur Völkerverständigung.

Für die Exkursionen in frühere NS-Vernichtungslager wie Auschwitz/Oświęcim, Majdanek, Treblinka, Bełżec, Sobibor und Kulmhof/Chełmno stehen in diesem Jahr zusammen bis zu 140.000 Euro bereit. Jeweils bis zu 70.000 Euro kommen dabei vom IBB Dortmund und der Landeszentrale. Neu ist die Möglichkeit, auch Gedenkstätten in Weißrussland (Maly Trostinez), Ukraine (Babi Yar) oder Lettland (Bikernieki) anzusteuern. Durch die Vereinbarung sollen so 20 Gedenkstättenfahrten mit jeweils rund 30 Teilnehmerinnen und Teilnehmern finanziert werden. Möglich ist das aufgrund der Förderung durch das Land Sachsen-Anhalt und das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Das Programm richtet sich an alle weiterführenden Schulen ab Klasse 8. Die Reisedauer umfasst in der Regel fünf Tage. Die Fahrten werden von einer Vor- und Nachbereitung durch die Geschichtswerkstatt begleitet. Bislang ist das Angebot der Förderung von Gedenkstättenfahrten bei den Schulen sehr gut angekommen. Allein in den vergangenen beiden Jahren sind 32 Gruppen mit insgesamt 850 Schülerinnen und Schülern aus Sachsen-Anhalt nach Polen in Gedenkstätten ehemaliger deutscher Vernichtungslager gefahren. Für das laufende Jahr gibt es bereits vier Voranmeldungen.

Kontakt: Interessierte Schulen können sich bei der Landeszentrale für politische Bildung, Leiterstr. 2, 39104 Magdeburg, Tel.: 0391/567-6450, E-Mail: maik.reichel@lpb.mb.sachsen-anhalt.de melden.



SACHSEN-ANHALT

Landeszentrale
für politische Bildung

Magdeburg, 07.03.2018

PRESEMITTEILUNG

Weitere Informationen:

Maik Reichel
Direktor der Landeszentrale für
politische Bildung
Leiterstraße 2
39104 Magdeburg
Tel.: +49 (0)391 567-6450
mob.: 01517 270 33 87
Fax: +49 (0)391 567-6464
E-Mail:
maik.reichel@lpb.mb.sachsen-anhalt.de